

für Halle vierteljährlich bei zweimonatlicher Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 3,25 Mk., auswärts Zustellungsgeld.

Alle unterhalb eingehende Namenskarte mit Preis übersicht über zahlen. Stadtkonten mit mit Quittungsbogen: „Saale-Bl.“ gefaltet.

Rechnung und Conto: Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Reichspostamt: Markt 24.

Saale-Zeitung.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

weder die 6 getrennte Kolonnen oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in mehreren Nummern und allen Anzeigen-Spalten angenommen.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Rechnung und Conto: Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Reichspostamt: Markt 24.

Die elsass-lothringische Verfassungsfrage im Abgeordnetenhaus.

(Ein Bededuell zwischen Herrn v. Heydebrand und dem Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg.)

56. Sitzung. Donnerstag, den 23. März, 11 Uhr.

Die dritte Lesung des Etats.

Ein Antrag aller bürgerlichen Parteien verlangt, daß die Staatsregierung künftig den Landtag zu zeitig einberufe, daß die größeren Gesetzentwürfe vor Beginn der ersten Lesung beraten und in die Kommissionen verwiesen werden können.

Abg. Dr. v. Heydebrand (l.) bespricht die Stellungnahme Preußens zu der elsass-lothringischen Frage. Die Verwendung der preussischen Stimmen im Bundesrat ist ein Regierungsakt, der wie alle anderen der Kontrolle der preussischen Volksvertretung unterliegt. (Sehr richtig! rechts.) Ich verhehle nicht, daß mir dem Standpunkt der Regierung bei Vertretungen des preussischen Staatsinteresses im Bundesrat nicht zu folgen vermögen.

Abg. Dr. Friedberg (nl.): Ich stimme dem Vorredner zu, daß mir ein Recht der Kontrolle und der Kritik über die Bestimmungen, die im Bundesrat von Preußen vorgenommen werden, haben. Ich kann mich hier auf Fritz Bismarck berufen, der sagte, das Verhalten der preussischen Regierung im Reich wird von einer Diagonale zwischen verschobenen Rechten dirigiert.

Abg. Dr. v. Jellitzsch (fr.): Wir wollen uns bei Besprechung des Etats aller Beiratsmitglieder enthalten, insbesondere aller Reden, die dem Parteizweck gewidmet sind. Der Parteizweck gehört nicht auf die Tribüne, er soll drauß bleiben. (Große Heiterkeit.) Die Erklärungen des Staatssekretärs des Innern in der Kommission für die elsass-lothringische Verfassung müssen vom preussischen Standpunkt aus die ersten und schwersten Bedenken erregen.

Abg. Jellitzsch (Fr.): So, wie die Geschichte hier in letzter Zeit geführt wird und geführt werden mußten, kann es auf die Dauer nicht weitergehen. Dieser Zustand ist mit der Verfassung nicht vereinbar, wenn Abende lang Kommissionen hier tagen, in denen 80 Abgeordnete sitzen, während hier im Saal 15 Personen vorhanden sind. (Sehr richtig!)

mit der Geschäftsordnung unvereinbar, daß Anträge über Anträge an das Haus kommen, daß aber, wenn es Jemand ist, die Anträge zu beraten, man sich darüber einigt, die Anträge von der Tagesordnung abzuhängen. Gerade wie die Dinge bei uns in Preußen liegen, sollte das Parlament nichts Älteres zu tun haben, als den Antrag meiner politischen Freunde auf Veränderung des Wahlsystems zu beraten. (Sehr richtig! links; Geheißer rechts.) Die ganzen Ausführungen des Herrn von Heydebrand über Elsass-Lothringen von der Aufrechterhaltung der preussischen Interessen klingen sehr schön. Ich glaube aber, ein gut Teil der Abneigung der Herren auf der Rechten beruht nicht allein auf diesem Punkte, sondern auch gerade auf dem dortigen Wahlrecht. (Sehr richtig! links.) Die elsass-lothringische Frage haben die Abg. Dr. v. Jellitzsch und v. Heydebrand allein vom preussischen Standpunkt aus betrachtet. Wir betrachten sie in erster Linie von deutschen Standpunkt aus. In Elsass-Lothringen wohnen sehr viele Deutsche, die auch ein Recht darauf haben, daß ihre Interessen berücksichtigt werden. (Sehr richtig! links.) Man kann nicht in der Weise verfahren, daß man sagt, vom preussischen Standpunkte aus ist es notwendig, daß die Dinge so gestaltet werden, wie sie sind. (Sehr richtig! links.) Das ist es, was die ein Recht darauf haben, daß auch ihre politischen Rechte berücksichtigt werden. (Sehr richtig! links.) Die hier geübte Kritik geht doch weit über das Ziel hinaus. Der Einfluß Preußens im Deutschen Reich ist so groß, daß er auch durch ein derartiges Gesetz nicht beeinträchtigt werden wird. (Ja, mal rechts.) Es ist geradezu ein nobilit officium Preußens, die dem Gesetzentwurf zustimmen (Geheißer rechts), vom Standpunkte der deutschen Einheit, vom Standpunkte des deutschen Vaterlandes. (Zustimmung links.) Die Wahlrechtsfrage muß endlich hier erledigt werden, damit wir aus den jetzigen unbalancierten Zuständen in Preußen herauskommen. (Sehr richtig! links.) Freilich, eine so reaktionäre Tendenz ist durch dieses Haus noch nie gegangen, wie gerade in der jetzigen Zeit. (Sehr richtig! links.) Unsere Klagen hinsichtlich der Uebergriffe politischer Parteien haben keinen Widerhall gefunden, weder bei der Regierung noch bei der Mehrheit des Hauses. Dem Zentrum muß man den Vorwurf machen, daß es in diesem Kampf um die Gleichberechtigung, in dem Kampfe um die Vereins- und Versammlungsfreiheit in einer Weise in diesem Winter verlagert hat, wie wir es doch vorher nicht annehmen konnten.

Ein unserer innere Politik besteht gegenwärtig, eine reaktionäre Tendenz, die ihren Grund hat in dem Kompromiß zwischen Konservativen und Zentrum. Das Zentrum sorgt dafür, daß die ungerechtfertigten Vorrechte, die bei uns eine gewisse Klasse im Staate hat, um Gottes willen nicht beschränkt werden. So wurde bei der Reichsfinanzreform mit erfreulicher Deutlichkeit von den Konservativen der Wunsch erklärt, die Brantmeintliche Besage zu erhalten, und das Zentrum hat diesen Wunsch erfüllt. Auf der anderen Seite sorgt die konservative Partei dafür, daß der Ultramontanismus seinen Einfluß behält, wie wir es erst wieder vor kurzem gesehen haben. Wenn man die Art betrachtet, wie Herr von Heydebrand hier seine Erklärungen abgibt, die Reichskanzler zitiert und den Willen der konservativen Partei klar und deutlich zum Ausdruck bringt, so kommt man zu der Meinung, daß das eigentlich keine Förderung der Staatsautorität darstellt. (Zustimmung links.) Als wir neulich hier die Debatte über den Antimodernisierend hatten und der Reichskanzler eine Erklärung abgab, wie er sie selber zur Aufrechterhaltung der Staatsautorität nicht abgeben konnte, da brachte am nächsten Tage die „Reinigung“ von besonderer Seite eine Erklärung, die meine Ansicht nach alles was vom Standpunkt der Regierung der Staatsautorität verlangt wird, vernichten ließ. Ich komme deshalb zu dem Schluß, daß alles das, was die Konservativen im Interesse des evangelischen Glaubens und der Staatsautorität sagen, lediglich ein Schein war. (Sehr richtig! links.) So kann man denn doch solchen Vorgängen gegenüber, wie sie sich beim Antimodernisierend abgepielt haben, nicht Stellung nehmen. Wir sind der Meinung, daß es ein Ueberdruß in sich ist, einen Eid zu schwören, der auf nichts Anderes herauskommt, als erst. Eine Unwahrheit zu lehren. (Große Lärme im Zentrum.) Nach unserer Ansicht darf ein Lehrer nichts anderes lehren, als was er mit seiner inneren Ueberzeugung als richtig erkannt hat. Wenn man den evangelischen Glauben und das evangelische Bewußtsein vertreten will, dann muß man gegen diesen Eid front machen. Herr von Jellitzsch hat hier von Parteihader gesprochen. Ich weiß nicht, was er darunter versteht. Wenn ich meine, daß wir uns den Mund verbinden sollten, dann weiß ich wirklich nicht, wozu wir noch ein Parlament haben. Wir müssen hier der Stimme des Volkes Ausdruck geben, damit es besser wird. Am besten wäre es, Sie schloßen den Reichstag und antworteten an das Volk. Das Volk wird sich die richtige Antwort finden. (Geheißer rechts.) (Lachen rechts.)

Abg. Dr. Forst (Str.): Das Volk wird schon die richtige Entscheidung treffen. Wir verüben uns die Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten. In der Frage des Verbandsrechts haben die Herren auf der Linken noch sonst auf ihrem Schuldenlohn, daß sie uns keine Vorwürfe machen dürfen. Wir haben zu anderen Freunden im Reich das Vertrauen, daß sie die außerordentlich schwierige und wichtige elsass-lothringische Frage in einer die

Interessen des Reichs und Preußens berücksichtigenden Weise lösen werden. (Beifall im Zentrum.) Abg. Dr. Reichardt (Soz.): Der Parteireifer gehört zum Parlamentarismus. Reichskanzler Hörsingern kennzeichnete Ihre Reichstagsrede: Wenn es die Interessen der Junker gilt, dann preisen Sie auf das Reich. Die Rechte behandelt die Regierung wie einen Hund. Heute hat die Regierung von Herrn Heydebrand, der im Ton eines Regierenden und Befehlenden sprach, ihre Kräfte bekommen. (Beifall rechts.) Präsident v. Krollert ruft den Redner zur Ordnung. Die preussische Geschichte ist nicht mit Rosenwasser und Christentum, sondern mit gutem Eisen und Rechtsbruch gemacht worden. Als Redner auf die Moschler Vorgänge eingieng und von den Mördern des Arbeiters Hermann, diesem Schandmaß der Polizei, spricht, ruft ihn der Präsident zum zweiten Mal zur Ordnung. Redner schließt mit einer Potemkin gegen die Nationalliberalen und das Zentrum.

Abg. Dr. v. Erffa (l.): Der Abg. Jellitzsch hat hier eine Wahlrede gehalten und dem Abg. v. Heydebrand vorgehalten, daß er der Regierung einen Tadel ausgesprochen hätte. Sollen wir denn überhaupt nicht mehr unsere Meinung sagen? (Sehr richtig! rechts.) Das ist ja ein alter Trick der freirechtlichen Partei: Gegen die Konfessionen mit der Regierung, sind sie Gebieter und Knechtchen, sagen sie einmal etwas gegen die Regierung, so wird ihnen ihre Opposition vorgeführt. Herr Jellitzsch hat aber jetzt am allerersten Ursache, uns zu dekreten, wo seine Parteigenossen sich auf Leben und Tod mit dem Sozialdemokraten verübert haben. Dabei hat die Sozialdemokratie gerade jetzt in der feinsten Weise die Republik proklamiert. (Große Lärme links und Zwischenrufe h. d. Soz.: Frech! — Präf. v. Krollert: Das Wort „frech“ habe ich nicht auf ein Mitglied des Hauses bezogen. — Heiterkeit.) Hier im Hause hat ja auch niemand die Republik proklamiert. Mit seiner Kritik der Geschäftsabhandlung im Hause war Abg. Jellitzsch jedenfalls auf dem Holzwege. Die Motive ist verstanden durch das ja viele und zu lange Reden. Vor allem sind die Sozialdemokraten hier die Schuldigen. (Beifall rechts.) Gerade die Abendstunden waren wegen der sozialdemokratischen Zmei- und Dreihundrednen notwendig. Der vorgelegte Antrag ist notwendig; ich fürchte aber, daß er eine große Wirkung nicht haben wird. (Sehr richtig!)

Abg. Schiller (nl.): Die Formen, die hier beobachtet wurden, waren auch auf konfessioneller Seite nicht immer einwandfrei. Ein konfessioneller Redner hat einem Minister gegenüber mit der Faust auf das Rednerpult geschlagen. (Sehr richtig! links.) Der Ministerpräsident von Bethmann Hollweg erscheint im Saal. So wußt Herr v. Heydebrand wie Herr v. Jellitzsch haben heute der Regierung schwere Vorwürfe gemacht. Auch wir wollen Preußen hoch halten. Deutsches Wesen soll gleich erhalten werden durch preussische Art. Wir halten aber den Vorwurf gegen die preussische Regierung, sie habe Preußens Machtstellung nicht genügend gewahrt, für überaus trübend und in diesem Falle für ungerecht. (Sehr richtig! links.) Die preussische Geschichte hat schon häufig ein kluges und edles Nachgeben der preussischen Regierung gezeigt. Sie hat hier Selbstverleugung im Sinne von deutlichem Bundeslin gezeigt. Ein großer Staat kann eben nachgiebig sein im Bewußtsein auf seine Stärke. Es handelt sich auch jetzt um moralische Überlegenheit. (Widerpruch rechts.) Wenn man auch vielleicht in einzelnen kassischen Bedenken wegen der Faltung der Regierung in der elsassischen Frage haben kann, so entbehrt doch der oben gezeichnete generelle Vorwurf der genügigen Unterlage. (Sehr richtig! links.) Der Antrag Friedberg wird hofentlich von der Regierung berücksichtigt werden. So, wie wir jetzt arbeiten, kann es nicht weiter gehen. Allerdings müssen wir uns auch in den Debatten etwas Beschränkung auferlegen. Ich möchte eine noch malige authentische Erklärung darüber haben, ob die bekannte Abhandlung über die Reichsfinanzreform von der Regierung ausgegangen ist. Sollte doch der Minister des Innern diese Abhandlung veranlaßt haben und vielleicht eine neue Auflage erforderlich (Heiterkeit), so möchte ich bitten, daß dabei das Bestehen des Herrn von Heydebrand, daß die Brantmeintliche von den springenden Punkt der ganzen Vorlage gebildet hat, nicht ausgeschlossen. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Das wird die notwendige Erkenntnis über die Reichsfinanzreform und ihre Selbstheit im Lande außerordentlich feigern. Was die Wahlen anlangt, so sollte die Staatsregierung auf Grund der Debatten in diesem Hause einen Katalog über die Pflichten der Beamten bei den Wahlen herausgeben. (Geheißer Heiterkeit links.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Es ist mir nicht möglich gewesen, die Ausführungen persönllich zu hören, die die Redner der konservativen und freikonservativen Fraktion zur elsass-lothringischen Verfassungsfrage gemacht haben. Ich kann nur auf das Bezug nehmen, was mir über die Verhandlungen berichtet worden ist. Danach hat der Redner der konservativen Partei den schweren Vorwürfen Ausdruck gegeben, von denen seine Freunde gegenüber der elsass-lothringischen Frage erfüllt werden. Diese Vorwürfe stimmen überein mit der Haltung, die die konfessionelle Partei im Reichstage dem Gesetzentwurf gegenüber einnimmt. Wenn sich dort zu meinem Bedauern die konfessionelle Partei ablehnend den Vor-

Die namentlichen Abstimmungen zur Kalipropaganda ergeben die Ablehnung des Antrags der Volkspartei betr. das Verbot der Anwendung an politische Organisationen mit 197 gegen 149 Stimmen (in der Minorität die Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Mehrheit der Nationalliberalen), sowie des Antrags der Sozialdemokraten, der die Frage Kontaktgabe der Reichsliga für sozialpolitische Zwecke zuführen will, mit 237 gegen 83 Stimmen (in der Minorität die Sozialdemokraten und die Volkspartei).

Der Präsident teilt mit, daß sich alle Parteien dahin geeinigt haben, den Baumwollbau, die Schafzucht, sowie sämtliche bergwirtschaftlichen Verhältnisse einschließlich der Diamantenregie und die Kriegstoffenerzeugung für Südwest aus der allgemeinen Besprechung auszuschließen.

Abg. Erzberger (Ztr.): Der neue Staatssekretär hat zum ersten Mal seinen Eid vor dem Reichstag zu vereidigen. Mit der finanziellen Gestaltung des Kolonialetzes können wir zufrieden sein. 75 Prozent der Ausgaben werden von den Kolonien bereit gestellt. Wir sollte aber einmal alle Kolonien nach einem geschäftlichen Plan aus dem Reichsgebiet herauszuziehen. Die Truppenzahl könne bedeutend reduziert und dadurch allein 6 1/2 Millionen Mark schon im nächsten Jahre erspart werden. Der Reinertrag ist erhebliche Aufwendungen, er ist für Beibehaltung des Auslieferungsbis als Exportpost bis zu einer gewissen Höhe. Die Eingeborenenfrage ist jetzt die Hauptfrage unter Kolonialpolitik. Wir hoffen, daß die Unruhen in Fompe zu einer Enttarnung der Eingeborenen führen werden. Das mag schwer sein, läßt sich aber jetzt gewiß durchführen. Zusammenhänge zwischen Weissen und Schwarzen, wie einer jetzt wieder beim Bauhaus in Südwest sich ereignet hat, sollten hinterhalten werden. Dazu ist es nötig, daß die letzten Monate der Zwangsarbeit beseitigt werden, die sich noch nirgends beibringt hat. Weit eher empfiehlt sich die Befreiung der Eingeborenen. Die Anstellung von Eingeborenen-Kommissaren begriffen wir als eine vernünftige Institution. Mittel dazu wird die Reichsliga wohl gerne bewilligen. Die staatlichen Verbände müssen immer Hand in Hand gehen mit den Missionaren. Das geschieht ja mit wenigen Ausnahmen ausserhalb. Der Ruf nach Selbstverwaltung wird immer lauter und immer berechtigter, besonders in Samoa und in Südwest. Natürlich hat die Selbstverwaltung die Selbsthaltung zur Voraussetzung. Ich möchte fragen, ob der Wunsch des Reichstages, die Gemeinden mit Land ausreißend auszustatten, erfüllt worden ist oder ob das noch gesehen soll. Die von allen Seiten gemündete Landesredaktion sollte zunächst in Südwest erledigt werden und zwar unter staatlicher Mitwirkung. Der Mangel an Kolonialbeamten scheint nun engtätig aufgehört zu haben. Wir wünschen, daß die etatsmäßige Anstellung zur Regel wird. Damit wird dem häufigen Wechsel in der Beamtenschaft vorgebeugt. Die Frage der Repatriierung, die zu großen Ungratlichkeiten geführt hat, bedarf dringend einer besprechenden Lösung. Bei den Eisenbahnarbeiten müssen wir energisch eine sorgfältigere und zuverlässigere Bearbeitung verlangen.

Abg. Dr. Droschke (N.): Herr Erzberger hat mit nicht nur alle Kolonien aus dem Reichsgebiet herauszuziehen, sondern er hat auch den ganzen Kolonialismus (Seitertier) wieder unter seinen anerkennenden Worten nur angedeutet. Etwas fürchten bei der Nachprüfung müssen gemeint aber ganz beiseite werden. Die Errichtung von Erholungsstätten soll möglichst unterstellt werden. Dann wird man auch die Dienstperiode auf mindestens drei Jahre festsetzen können. Der Nachwuchs für die Verwaltung soll möglichst aus den Kolonien genommen werden. Das Verhältnis für die Notwendigkeit unserer Kolonien ist Gemeingut aller Schichten der Bevölkerung geworden, die tief in die Reihen der Sozialdemokraten hinein. Für gesellschaftliche Gewaltmaßnahmen gegen die Unternehmer in diesen Kolonien sind wir nicht zu haben. Erziehllich ist die wachsende Bedeutung der kolonialen Landwirtschaft. Wir müssen immer mehr dazu kommen, daß die notwendigen Rohprodukte, wie Baumwolle usw., aus unseren Kolonien gewonnen werden.

Abg. Weddeur (Soz.): Welche Menge von Vorräte gefühlt hat noch in der Brust des Dr. Droschke. Unterirdisches Schwärze ist jeder Staatssekretär an und überführt ihn mit Räubern voll. In fast vernünftiger Form und darum weniger gefährlicher Aufgabe hat er die Auslieferung von Erzeugern erleben. Nur eins hat man zu eruchen für in unsere Seiten zu netzen und behauptete, auch wir seien für die Kolonialpolitik gewonnen. Dabei läßt unsere Partei als solche an ihrer abnehmenden Haltung grundständig fest. Nun will er aus einem Patronen vier Milliarden aus dem inneren Afrika herauszuziehen. Ich, wenn das noch der gute Dornburg erlebt hätte, daß seine Vortragsart überfört werden (Seitertier). Der Reinertrag darf über den Streit der Kaffernarbeiter mit der Firma Koppel und bleibt dabei, daß die Auslieferung durch das Militär gereizt und es dadurch zum Blutbad gekommen sei. Der Reinertrag verlangt, wie in den früheren Jahren, daß den Senecas genügend Land zur Verfügung gestellt werde, daß sie ihre Viehhäute vor dem Zustand retten könnten, und wirft auf einen Zufall des Abgeordneten Goller diesem Privilegium vor, was Vizepräsident Schulz rügt.

Abg. Goller (Sp.): Wir leben dem neuen Staatssekretär eben unzureichend gegenüber, wie seinem Vorgänger. Er wird ja auch in den Banketten, die heute zur Debatte stehen, dieselben Reden wiederholen. Jedenfalls können wir ihn als tüchtigen Politiker und Kenner der Verhältnisse. Eine Bereinerung der Schutztruppe ist möglich.

Abg. Dr. Paasche (N.): Herr Weddeur hat Herrn Droschke hart hergenommen. Aber wir sind allzumal Sünder. Wenn ein Thema hundenlang über die Debatte geschleppt wird, sind Wiederholungen unermesslich. Wir bringen dem Staatssekretär volles Vertrauen entgegen als einem praktischen, tüchtigen Beamten, der die Kolonien durchaus kennt, und der befreit ist, sie nach allen Richtungen zu fördern. Wir hoffen, daß nicht etwa wieder ein bürokratischer Geist in die Kolonialverwaltung einzieht. Wir standen oft in hartem Streit mit dem Staatssekretär Dornburg, aber er ist es gewesen, der eine großartige Verlehrsposition eingeletzt hat. Er hat es verstanden, das Eisenbahnwesen auszubauen, er hat es nach großen Gesichtspunkten geschickt angelegt und durchgeführt. Das Hypothekendarlehen für Samoa-Politik liegt seit zwei Jahren bereit, das Geld ist da; warum zaudert der Staatssekretär? Schließlich kommt ja jede Kritik über die Kolonien auf ein Urteil über den Staatssekretär Dornburg heraus. Wenn man aus den internationalen Angelegenheiten behauptet werden, Dornburg habe ein Schicksal eine Amtsführung eine Missioner heutzutage Volksermens an Wärsenplaneten verdient. Eine notwendige Veränderung eines verdienten Staatsmannes geht doch weit über das berechtigte Maß parteipolitischer Kritik hinaus. (Beifall links.) Es ist unerwartet, zu sagen, daß die Dornburgschen Beiträge

Wagen der verbündeten Regierung gegenüber verhält, so muß ich doch auf der anderen Seite anerkennen, daß es nur folgerichtig ist, wenn man auch hier die konföderale Partei hinsichtlich der Elfaß-Verbindungen zugunstigen Bundesratsstimmen ihren Beseiten Ausdrück gibt. Auf der anderen Seite ist mit geteilt worden, daß der Reiner der freikonföderativen Partei in eine überaus scharfe Kritik der Stellung eingetreten ist, welche die Staatsregierung im Bundesrat bezüglich der Elfaß-Verbindungen Frage eingenommen hat und daß er speziell, was die Verteilung von Bundesratsstimmen an Elfaß-Verbindungen betrifft, von einer Vernachlässigung, von einer

Mitachtung preussischer Lebensinteressen

geprochen hat. Ich muß dieser Auffassung mit aller Entschiedenheit widerprechen. Wenn ich suchen bezüglich der Haltung der konföderativen Partei der rechten Seite dieses Hauses eine Ueber-einstimmung in ihrer Haltung mit der Haltung ihrer Freunde im Reichstageskonkationen konnte, so trifft das Gleiche bezüglich der freikonföderativen Partei und der deutschen Reichspartei nicht zu. Wenn ich die Situation im Reichstages richtig beurteile, so ist die deutsche Reichspartei bestrebt, die Vorlage zu einem positiven Abschluß zu bringen. Die deutsche Reichspartei ist es speziell gewesen im Reichstages, welche die Verteilung von Bundesratsstimmen in Elfaß-Verbindungen eine notwendige Voraussetzung für ihre Zustimmung bezeichnete. (Hört, hört! links.) Ich habe es beschuldigt nicht vollkommen verstehen können, wie der Herr von Bockisch — immer vorausgesetzt, daß ich richtig verstanden worden bin — gegen die Verteilung von Bundesratsstimmen einen so scharfen Widerspruch erheben und eine so scharfe Sprache führen konnte. (Zurufe d. d. Freiheit!) Wenn ich falsch unterrichtet worden bin, so nehme ich diese Ausführungen zurück. Ich bin nur, wie gesagt, in der Lage, auf Grund der mir gemachten Mitteilungen zu sprechen. Ich will nun darauf verzichten und muß darauf verzichten, Ihnen heute die Gründe auseinanderzusetzen, aus denen die preussische Regierung in einmühtiger Uebereinstimmung mit den gesamten verbündeten Regierungen die Fortbildung der Elfaß-Verbindungen Verhältnis in der Richtung auf

eine größere Beschäftigung der Reichslande

als ein Erfordernis sowohl im Interesse der Reichslande als des Reiches selbst angesehen hat. Ich würde es nicht für opportun halten, diese grundsätzliche Seite der Angelegenheit in einem längeren Hause hier zu erörtern, wo der Reichstag in voller Arbeit auf diesem Entwürfe steht. (Sehr gut! links.) Ich habe meine Stellung in dieser grundsätzlichen Frage im Reichstages so ausführlich auseinandergesetzt, daß ich um die Erlaubnis bitten darf, hier in diesem Hause auf meine Ausführungen dort drüben Bezug zu nehmen. Wenn ich jetzt mit wenigen Worten die Frage der Verteilung der Bundesratsstimmen an Elfaß-Verbindungen herausgreife, so kann ich die Frage nur von dem Standpunkte aus behandeln, daß ich grundsätzlich die größte Beschäftigung der Reichslande als einen Gewinn für die Reichslande selbst und für das Reich ansehe. (Sehr richtig! links.) Wenn ich von dieser Voraussetzung ausgehe, so ist der Wunsch Elfaß-Verbindungen nach einer Beteiligung am Bundesrat, wie mir scheint, vollaus verständlich. Elfaß-Verbindungen erhebt in dieser Beteiligung nicht nur ein Ehrenrecht, das die Reichslande in dieser Beziehung den übrigen Staaten des Reiches gleichberechtigt an die Seite stellt, sondern es erwartet darüber hinaus von den von ihm begünstigten Bundesratsstimmen, daß ihm die Möglichkeit gegeben werde, die Bundesinteressen, namentlich

die wirtschaftlichen Interessen der Reichsgelegenheit,

in demjenigen Maße zur Geltung zu bringen, das der Bedeutung dieser Interessen entspricht.

Ich bezweife es, daß nicht nur hier im Hause, sondern auch bei sonstigen Gelegenheiten Gegner der Fortbildung der Elfaß-Verbindungen die Bedeutung der Reichslande als eines Festungsgeländes hervorheben. Gewiss, sollten wir, was Gott verhüten möge, in einen Krieg mit Frankreich kommen, so würden die Reichslande in dieser Beziehung ihre Rolle zu spielen haben. Das ergibt sich aus der

geographischen militärischen Lage der Reichslande

ganz von selbst. Aber wir haben 1870/71 die Reichslande nicht ermorben zu dem Zwecke, sie unter Rapenbeschränkung zu stellen, sondern wir haben in ihnen ein Land, das wir politisch kulturell und wirtschaftlich so eng wie möglich mit dem deutschen Vaterlande verschmelzen müssen. (Sehr richtig!) Wenn wir das nicht tun, so verfallen wir eine Pflicht, welche dem Reich gegenüber seinem jüngsten Glied obliegt. (Sehr richtig!) Wenn Elfaß-Verbindungen in den Bundesrat eintritt, wenn es tatsächlich ein in die Reichsgelegenheit mit Abstimmungsstimmen, so erscheint es mir auf der Hand zu liegen, daß die Beteiligung Elfaß-Verbindungen an den Reichsgelegenheiten geeignet ist, seine Verflechtung mit dem Reiche weiter zu fördern, und darum hat nicht nur Elfaß-Verbindungen, sondern das Reich selbst ein selbständiges Interesse daran, Elfaß-Verbindungen Bundesratsstimmen zu gewähren. Ich habe diesen Standpunkt persönlich von Anfang an gestellt (Hört! hört!) Wenn ich eine Modalität gefunden hätte, unter der es möglich gewesen wäre, in dem Gelegentwurf für Elfaß-Verbindungen schon von vornherein eine Beteiligung Elfaß-Verbindungen am Bundesrat einzuräumen, so hätte ich das bejammert. Die Schwierigkeiten, welche einer derartigen Formulierung entgegenstehen, sind bekannt. Sie gehen letzten Endes auf die Bedenken zurück, welche jede Verflechtung der Verhältnisse innerhalb des Bundesrates entgegenstehen. Nun sind im Reichstages alle Parteien, welche eine Verabschiedung des Gesetzes wünschen, für die Bundesratsstimmen eingetreten. Wenn ich mich persönlich geneigt gezeigt habe, diesen Wünschen entgegenzukommen, so habe ich damit lediglich eine Pflicht vertreten, die ich von vornherein lediglich als die richtige angesehen habe. Die Lösung, welche namentlich die verbündeten Regierungen auf Antrag Preußens dem Reichstag vorgelegt haben, ist nach meiner Ueberzeugung eine solche, welche den Interessen der Reichslande und des Reiches dient und welche für Preußen annehmbar ist. Gewiss, wenn Sie die Fragen nicht zahlenmäßig ansehen, dann kann man von einem zahlenmäßigen Opfer Preußens sprechen. Aber man sollte unterscheiden, inwieweit das zahlenmäßige Opfer ein reales Opfer ist. Man soll, selbst wenn es sich um ein Opfer handelt, doch nicht ein Opfer gleichstellen einer Gefährdung staatlicher Interessen Preußens, das ist falsch. Das Deutsche Reich ist auf ganz anderen Opfern der Einzelstaaten aufgebaut, als es dieses Opfer ist, von dem Sie erst hier sprechen können. Preußen hat bei der Ausrüstung des Reiches nicht das geringste

Opfer gebracht. (Sehr richtig!) Preußen kann seine prärogative Stellung im Reich nur wahren, wenn es bereit ist, Opfer zu bringen, wenn es das Wohl des Reiches fordert.

Wir können in Preußen keine kleinlich beschränkte Politik machen. Wenn wir das täten, würden wir das Vertrauen der Bevölkerung und der Bundesstaaten in die Grundfesten des Reiches untergraben. (Sehr richtig links.) Am nun auf die Verteilung der Bundesratsstimmen an Elfaß-Verbindungen, die so sehr angegriffen ist, zu kommen, so kann dadurch in zwei oder drei Fällen, um mehr handelt es sich nicht, wo die Stimmenkombination im Bundesrate auf des Meisters Schmelde steht, die Abstimmung um ein Kleines an Ungunsten Preußens verfallen werden (Bewegung rechts). Gewiß, so liegt die Situation tatsächlich und das gebe ich Ihnen vollkommen offen zu. Aber ich will gleich eines hinzu-fügen: Wer des Glück und die Ehre hat, in dieser Beilegung von Vertretern der deutschen Bundesstaaten zu arbeiten, der weiß, daß große Fragen unseres Reiches dort nicht nach Regere-exemplen gelöst werden. (Zustimmung links.) Es gibt keine große Frage im Reiche, in der wir in der ganzen Vergangenheit und Gegenwart des Reiches nicht zu einem einmütigen Votum im Bundesrat gekommen wären. (Hört! hört!) Und daran werden die drei Vertreter Elfaß-Verbindungen nichts ändern. (Bravo.) Diese drei Stimmen werden die Gestaltung und den Einfluß, die Preußen im Bundesrate hat und haben muß — da unterbreite ich vollkommen das, was Abg. Schiffer gesagt hat — nicht untergraben.

Preußens Einfluß

beruht nicht auf der Addition oder Subtraktion von Bundesratsstimmen, sondern auf seinen geschichtlichen Leistungen und auf seiner geschichtlichen Mission. Und dieser Einfluß wird aufrecht erhalten bleiben, so lange Preußen seine Mission weiterverfolgt. Preußen kann in seiner Reichspolitik nicht fragen, wie kann ich in dieser oder jener Frage Sonderinteressen Preußens fördern, wie kann ich erst. Opfer, die Preußen zugunsten werden, ablehnen. Ich kenne keine solchen Gegenseitigkeiten zwischen Preußen und Reichsinteressen. Diese Interessen stehen, wenn Sie richtig aufgefaßt werden, zusammen, sie stehen zusammen — d. h. will ich den Herren von der Linken auch sagen — nur dann, wenn Preußen befreit ist, die Macht, die es hat und vermöge deren das Deutsche Reich gesichert worden ist, unzerstört aufrecht zu erhalten. (Große anhaltende Bewegung.) Aber, wenn man von dieser Auffassung ausgeht, so soll man keine kleinliche Rechnung treiben. Wenn ich diese Rechnung aufmachen würde, dann würde schon gegenwärtig, ohne die drei elfaßischen Stimmen, die preussische Rechnung immer mit einem Minus abschließen, wenn Sie die Macht und Bedeutung Preußens tatsächlich nach Bundesratsstimmen abschätzen wollen. Aber das ist richtig, in diesem Sinne hat Bismarck, der unsere Verfassung gemacht hat, die Grundlagen unserer Verfassung nicht aufgefaßt. (Hört! hört! links.) Wie hat er sich zur Frage der Bundesratsstimmen geäußert?

Im norddeutschen Bunde

hatten wir im ganzen 43 Bundesratsstimmen, von denen Preußen 17 hatte. Im Jahre 1870/71 trat Süddeutschland mit 15 weiteren Stimmen hinzu. Dieser Stimmenzuwachs konnte ja zu einer Schwächung des preussisch-norddeutschen Einflusses gegen Süddeutschland führen. Da zu Bismarck daran gedacht, 1870/71 die preussischen Stimmen zu vermehren? Nein, die 17 Stimmen sind aufrecht erhalten worden, obwohl die Gesamtsahl auf 48 auf 63 stieg. Und nun soll ich verlangen, daß Preußens Recht, Preußens Macht, Preußens Einfluß vermindert wird, wenn ich Elfaß-Verbindungen diese 3 Stimmen zuzähle und mit der Antwort, die ich Ihnen angegeben habe. (Sehr richtig! links.) Das ist eine Auffassung, die ich nicht zu der meinigen machen kann.

Ein Sachantrag beendet die allgemeine Aussprache.

Der Antrag der bürgerlichen Parteien wird einstimmig angenommen, eine Reihe kleinerer Etats debattellos genehmigt.

Beim Domänen- und Forstetat bringen die Abg. Heine (N.), Leo (Ztr.), Engelmann (N.), Buch (Ztr.), v. Veit (N.) und Stroebel (Soz.) eine Reihe von Einzelwünschen vor.

Abg. Buch (Ztr.) wendet sich gegen die Sozialdemokraten, die den Militär predigen und nun verlangen, daß die Regierung sozialdemokratisch organisierte Arbeiter in den Staatsbetrieben beschäftige. Die Sozialdemokratie ist zuwider die größten Arbeiter (Abg. Dieckhoff) zuzuhören; Schindler Sie doch nicht so hochmütig gegen zusammen — Vizepräsident Dr. Forst ruf den Abg. Dieckhoff zur Ordnung.

Abg. Stroebel (Soz.) meint, daß der Abg. Buch das Zentrum nicht schärfer hamierten konnte, als durch seine Ausführungen. Der Etat stehe über den Parteien und könne Mitglieder der freien Gewerkschaften nur unter Redensbruch von den staatlichen Betrieben ausschließen. Das Zentrum handle feige und schimpflich. (Präsident v. Kroscher ruft den Redner zur Ordnung.)

Abg. Imbusch (Ztr.): Die Sozialdemokratie ist die Partei des organisierten Terrors.

Minister Ztr. v. Schorlemer erklärt, daß er ein Bedürfnis zur Organisation von Arbeitervereinen nicht anerkenne. Er habe gewiß ein Herz für die Arbeiter und ihre Bedürfnisse, werde aber ebenso darauf hinwirken, daß die Autorität des Staates als Arbeitgeber nicht Schaden leidet und der Frieden aufrechterhalten wird, selbst auf die Gefahr hin, damit das Mißfallen der Sozialdemokraten erregen zu müssen. (Beifall.)

Beim Landwirtschaftsstat beschreiben die Abg. Kuhn (Ztr.), v. Kroscher (d. t. P.) und Engelmann (N.), die Votage der Minister.

Minister v. Schorlemer hofft, daß mit dem Beifallen des Staates und der Kommunalverbände der Mynernot abgeholfen wird. Mehr als gegeben, konnte nicht gegeben werden, da die staatliche Beihilfe aus dem allgemeinen Staatsfidej commisso genommen werden muß und daher auch den Staatsbürgern zur Last fällt, die nicht mit Weinbergen geeignet sind.

Abg. Meyer-Diepholtz (N.) wünscht mildere Handhabung der Sperrvorschriften bei Maul- und Klauenseuche.

Abg. Hoff (Sp.) spricht über die Tuberkulin-impfung beim Rindvieh.

Abg. Veinert (Soz.) bejammert es als merkwürdig, daß Kalipropaganda im Bund der Landwirte steshe.

Abg. v. Wonna (N.) begrüßt, daß die Vorarbeiten zur Antikivierung der Viehländereien in Angriff genommen sind.

Abg. Götting (Sp.) beipflichtet die Seuchengefahr, die Dornburg durch die russische Einfuhr droht.

Abg. Dr. Buch (N.): Herr Götting hätte auch den Schutz eines aussergewöhnlichen Seuchenschutz gegen Maul- und Klauenseuche vor. Minister v. Schorlemer: Maul- und Klauenseuche hat leider wieder Fortschritte gemacht. Bei der Bekämpfung soll den Wünschen der Landwirtschaft Rechnung getragen werden. Der Landwirtschaftsstat wird genehmigt, ebenso der Geflügelstat. Fortsetzung: Freitag 10 Uhr. Sitzung 7 Uhr.



die die verbliebenen Regierungen abgeschlossen haben, im Interesse einiger weniger Spekulantien liegen sollen. (Beifall links.)

× **Wg. v. Diebet (Rp.)**: Ich bin zehn Jahre zu früh auf die Welt gekommen. Als ich Gouverneur von Ostafrika war, war dieses Amt keine Freude. Jetzt ist es anders, jetzt wird wirtschaftlich gearbeitet. Die Hauptaufgabe ist die Förderung der Eisenbahnpolitik und der deutschen Siedlung. Die sozialistische Zentralbank wird ein Weltfaktor sein und das fülle Darlehen wird ein Weltgeschäft werden. Dann können wir Zentralpolitik treiben und die Steuerhöhen erniedern. Südwestafrika, Kamerun und Ostafrika sind ausgezeichnete Siedlungsgebiete. Der jetzige Staatsrat zeigt der deutschen Siedlung freundlich gegenüber. Die Zentralbank für Wirtschaftspolitik muss verstaatlicht werden, der Landwerb und der Vieheinstitut müssen erleichtert werden, Institute für tierärztliche Forschungen sind notwendig.

× **Hg. Noke (Soz.)**: Das waren Mysterien. Die nächste Wirtschaft ist anders. Wir fordern mit allem Nachdruck auch für das nächste Jahr eine beträchtliche Verminderung der Schutztruppen besonders in Südwest. Die pflanzlichen Schilferungen über die zu erwartende Fehlbung neuer Schiffe, die wir auch heute wieder gefordert haben, sind nur dazu angetan, leichtgläubige Leute zu veranlassen, ihr Geld in foliarische Gründungen hineinzulegen, obwohl viele davon überfallen sind. Wie man sich die Durchführung der Bundes-Hypothekendarlehen denkt, verheißt ich nicht, da ja der Grund und Boden nur sehr wenig Wert hat und man das Vieh, das einzig Wertvolles, doch nicht mit Hypotheken belasten kann.

× **Staatssekretär Dr. v. Lindqvist**: Eine Verminderung der Schutztruppen wird nach Beendigung der Zentralbank 1912 erfolgen. Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch die Hinausentwicklung landwirtschaftlicher Betriebe gefördert werden. Wir sind in erster Linie besorgt, im Mutterlande durch die Vierung von Rohprodukten entgegenzukommen, das gilt besonders für Baumwolle und Wolle. Der Bahnbau ist notwendig, darf aber nicht überstürzt werden. Die Erziehung des Tanganjika-Sees ist wegen der ausländischen Konkurrenz erforderlich. Eine Vorlage kann aber erst nach Abkühlung der Erhebung kommen. Der Staatssekretär geht dann auf die einzelnen Reben der Abgeordneten ein und legt überall Prüfung und mögliche Verbilligung zu. Die allgemeine Ausprache schließt. Der Etat für das Reichskolonialamt wird erliebt.

Freitag 1 Uhr: Etat der einzelnen Kolonien.
Schluß 8 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Eine offizielle Stimme über den Berliner Professorenstreit.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt an der Spitze ihrer heutigen Ausgabe:

„In einem Teil der Presse wird noch immer an der Behauptung festgehalten,

daß das Kultusministerium an den Angriffen gegen die Professoren Wagner, v. Schmoller und Sering während ihres Streites mit Prof. Bernhard beteiligt gewesen sei. Der Minister hat dies im Abgeordnetenhaus, gestützt auf die ihm amtlich gemachten Angaben der in Betracht kommenden Ministerialbeamten, mit größter Entschiedenheit bestritten und dazu aufgefordert, ihm Beweise für jene beheldigende Behauptung zu erbringen. Das ist bisher nicht geschehen. Denn was bis jetzt vorgebracht worden ist, hat sich bei der alsdann angestellten Ermittlung als belanglos ergeben. Das gilt auch von der Angabe des Professors Bernhardt nach dem dem Minister erstatteten Bericht des Direktors der Universität, wonach jener gesagt haben sollte, er werde für die Abfertigung der Zeitungspolemik aus dem Kultusministerium sorgen. Professor Bernhard, vom Minister nach Eingang jenes Berichtes sofort zur Verantwortung gezogen, hat in Abrede gestellt, eine solche Äußerung getan zu haben; ihm sei nicht das Mindeste von einer Beteiligung des Ministeriums an der Polemik bekannt. Wer trotzdem an jenem schweren Vorwurf gegen das Ministerium festhält, ist auch jetzt noch verpöchtigt, Beweise zu erbringen.

Was den in der Presse weiter behandelten Fall Hinneberg anlangt, so hatte Professor Hinneberg an dem Tage, an dem der Universitätsrat im Abgeordnetenhaus zur Verhandlung stand, die bekannte Erklärung veröffentlicht, die den förmlichen Anfechtungsweg, als hätte er sich den Unwillen des Ministeriums durch den Versuch zugewogen, die Presse für die ätzenden Aktionisten zu benutzen. Demgegenüber hat dem Professor Bernhard zu bekräftigen, demgegenüber hat dem Minister, als der Fall von zwei Rednern im Abgeordnetenhaus berührt worden war, nichts übrig, als den Professor Hinneberg dort von sich abzuweisen.“

Parteinachrichten.

Den Erfolg des Antisemitismus in Sieben

haben die in der Stichwahl unterlegenen Sozialdemokraten zum Teil selber verschuldet. Man schreibt der „Wolff. Ztg.“ aus Frankfurt a. M.: Wie die „Kleine Presse“ nach Durchsicht der Ergebnisse in den einzelnen Orten feststellt, hatte in nicht weniger als 24 Orten die Zahl der sozialdemokratischen Wähler in der Stichwahl gegenüber der Hauptwahl abgenommen; die Sozialdemokratie muß also die Verluste aus ihren eigenen Reihen für das Stichwahlergebnis mitverantwortlich machen. Auch in vielen 24 Orten, wo ein ziffermäßig hoher Stimmverlust möglich ist, wird ein Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen sicherlich noch in anderen Orten eingetreten sein, wo dieser Anstieg durch den Zugang fremdländischer Stimmen wieder ausgeglichen wurde, aber nicht direkt nachzuweisen ist. Die sozialdemokratische „Offenbacher Abendztg.“ gibt offen zu, daß die sozialdemokratische Organisation vollständig ungenügend gewesen sei und daß an manchen Orten nicht einmal genügende Stimmzettel zur Verteilung vorhanden waren. Auch darf nicht übersehen werden, daß in der Zeit zwischen der Hauptwahl und Stichwahl von antisemitischer Seite ein harter Druck auf die linksstehenden Wähler ausgeübt worden ist, besonders in den kleineren Orten.

Soz. und Personalsnachrichten.

× Das Kaiserpaar ist — wie uns aus Kiel telegraphisch gemeldet wird — am Donnerstag morgen um 8 Uhr 50 Min. nach Berlin abgereist. Als der Kaiser von Bord der „Deutschland“ ging, feierte die Flotte einen Salut von 33 Schuß. Die Kaiserin und die Prinzessin Heinrich hatten sich im Automobil vom Schloß zum Bahnhof

geben, wo sich zur Verabschiedung Prinz Heinrich, Staatssekretär v. Tirpitz, Admiral von Holtendorff, Admiral Schröder und Polizeipräsident v. Schroeter eingefunden hatten. Nachmittags um 6 Uhr 26 Min. trat der Kaiser, die Kaiserin, Prinz Joachim und Prinzessin Viktoria Luise die Reise nach Schwerin an.

Im Gefolge befinden sich: Oberhofmarschall Graf zu Guleburg, Generaladjutant, General der Kavallerie von Schell, Flügeladjutant Oberst von Chelius und Freigantkapitän v. Hilson, Valetier, Oberarzt Dr. v. Jberg, Chef des Hofkabinetts, Wirklicher Geheimer Rat von Valentin, Chef des Militärkabinetts, Generaladjutant, General der Infanterie Freih. v. Aender, Chef des Marinekabinetts, Generaladjutant, Admiral v. Müller, Vertreter des Auswärtigen Amtes, Gelehrter Dr. Freiherr v. Jenisch; bei der Kaiserin: Hofdame Gräfin zu Rankeu, Kammerherr von Winterfeld; bei Prinz Joachim: militärischer Begleiter Major v. Roeder, bei der Prinzessin: Hofdame Gräfin v. Kanitz. — In Wien werden sich dem kaiserlichen Gefolge für die Reise nach Venedig und Korfu anschließen: Fürst zu Hohenberg und Marinemaler Prof. Stöcker. Der Prinz wird von Schönbrunn nach Potsdam zurückkehren.

× Nach einem Telegramm der Deutschen Regelmann-Gesellschaft sei es nunmehr endgültig bestimmt, daß der Kronprinz am 29. März Kairo verläßt und sich auf den Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Prinz-Regent Luipold“ begibt, der ausnahmsweise in Korfu anlegen wird.

Ausland.

Zur russischen Kabinetttscheife.

5 Aus Petersburg wird gemeldet: Die Lage ist verworren als je. Ansehend hat sich auch die Jarin in die Verhandlungen mit Stolypin eingemischt. Dienstag war in ihrem Auftrag Jermolowitsch Graf Hendrikow und Wittich nach einem kaiserlichen Familienrat Großfürst Alexander Nikolajewitsch bei Stolypin. Beide suchten ihn zum Bleiben zu bewegen. Anfangs wollte er darüber gar nicht mit sich sprechen lassen, dann erklärte er, er würde eine etwaige Jurisdiktion des Appellationshofes von zwei Bedingungen abhängig machen: Erstens solle ihm der Kaiser sein volles Vertrauen beweisen, zweitens müßten die Jarin der reaktionären Reichstagsgruppe Propow und Duronow vorläufig für längere Zeit aus dem Reichsrat entfernt werden. Donnerstags begibt sich, wie die „Wolff. Ztg.“ meldet, Stolypin nach Jaroslaw Selo, um mit dem Zaren selbst zu sprechen.

Einige Blätter melden die Jurisdiktion des Appellationshofes durch Stolypin bereits als Tatsache, was aber in diesem Moment kaum der Wirklichkeit entspricht. Nationalistische Blätter, wie „Now. Wr.“ und „Smet“, richten heftige Angriffe gegen Kolowzew.

Halle und Umgebung.

Salle a. S., 24. März.

Verwendung von Pateten während der Osterzeit.
Die Verwendung mehrerer Patete mit einer Postpatet-Adresse ist für die Zeit vom 10. bis einschließlich 15. April weder im inneren deutschen Verkehr noch im Verkehr mit dem Auslande — ausgenommen Argentinien — gestattet. Nach Angewandten können auch in dieser Zeit mehrere, jedoch höchstens 3 Patete, mit einer Postpatetadresse versandt werden.

Eine Warnung vor der Gemeindebeamtenlaufbahn
erläßt der Provinzialverband der Gemeindebeamten der Rheinprovinz. Er beachtet für sein Gebiet, der Lehrjahrsdauer und ihrer Folge, der Ueberfüllung des Gemeindebeamtenstandes, entgegenzutreten. Neben einer Eingabe an den Oberpräsidenten, die die heutige Lehrjahrsausbildung und ihre Folgen kritisch beleuchten soll, ist u. a. vorgelesen: die Herausgabe eines Merkblattes, das geeignet ist, die Eltern über die ungünstigen Aussichten des Gemeindebeamtenberufes aufzuklären und sie zu warnen, ihre Söhne diesen Beruf ergreifen zu lassen. Mit scharfen Worten wendet sich auch in der „Rundschau für Gemeindebeamte“ ein Artikel gegen die Errichtung von Verwaltungsbeamtenhöfen.

Nach dem Programm sollen die Zöglinge sofort von der Volkshochschule weggelassen und in den Momenten gesteckt werden. „Was soll solchen 14-15jährigen jungen Leuten in einem Hofe alles beigebracht werden? Nach 4-5 jähriger praktischer Tätigkeit in der Verwaltung sind unsere 20jährigen und älteren Vorwärtler kaum in der Lage, die ganze Geheimesmaterie zu erfassen. Wie will man es solchen Kindern beibringen? Und der wichtigste Grund: wo sollen sie später untergebracht werden? Wo heute schon eine solche Ueberproduktion an Lehrlingen vorhanden ist, gilt es als ausgeschlossen, daß sämtliche jungen Leute jemals auf eine feste Stellung rechnen können. Nicht 10 und 20, nein, Hunderte von Bewerbern sind vorhanden bei einer Stelle!“

Der Verein für Volkswohl

hielt Mittwochabend im Saalgebäude keine Generalversammlung ab. In den Ausführenden wurde gewählt die Herren Stadtrat Greiner, Landrathsrat Pank und Professor Kuhlmann, ferner Fräulein Wamder. Der Verein hatte Ende März 1910 ein reines Vermögen von 191.057,65 Mk. Es folgte der vorläufige Bericht der Abteilungen für die Zeit 1. April 1910 bis jetzt. Ueber Abfertigung des Kassenbuches wurde berichtet Herr Dr. Wolff, Direktor des Stadt-Bibliothekens Amtes. Die Frequenz war in den letzten drei Jahren folgende: 1908 3600, 1909 11.800 und 1910 12.400 Arbeitstunde. Infolge dessen liegt auch der Etat, nämlich von 3600 Mark auf 4500 Mark beim 31. März 1910. Neu aufgenommen ist die Stellenermittlung im Gastwirts-gewerbe und ein weiblicher Dienstfortschrittsnachweis.

Ueber Abteilung 3 (Veschele) berichtete Herr Geh. Regierungsrat Gerhard, Universitäts-Bibliotheksdirektor. Die Zahl der Leser betrug 91.357 gegen 90.087 im Jahre zuvor, eine Folge von Veränderungen im Gebäude Hallmarkt. Die Frequenz hat sich aber schon wieder gehoben.

Die Abteilung 1 (Volkshochschule) zeigte eine steigende Frequenz. Hierüber berichtete Herr Oberlehrer Dr. Wenzlau. Es wurden ausgelesen 42.000 Bücher in 1909, 55.000 in 1910. Die Zahl der jugendlichen Leser macht davon 30 Prozent aus, sie ging durch die eingetretene Pause auf 15 Prozent zurück. In der letzten Zeit sind wieder 23 Prozent gestiegen. Der Bibliothek sind wieder schöne Geschenke an neuen und alten Büchern zuteil geworden. Ueber die Kassenergebnisse dieser Ab-

teilung berichtete Herr Buchhändler Riemenet. Danach betrugen die Einnahmen 54.600 Mark, die Ausgaben 84.751 Mark, jedoch Bestand 1088,12 Mark.

Herr Tischlermeister Kutter machte Mitteilung über Abfertigung 2 (Kassen Verwaltung und Beziele). Die Zeitigkeit entspricht der des Vorjahres, es ist ein Bestand von 1137 Mark vorhanden. Mangel an Beständen zeigte die Kleiderkammer, sie zählt nur noch 69 Gegenstände. Die Nachfrage ist groß, darum möchte man dieser Abteilung getragene, aber noch gute Sachen überlassen.

Ueber Abteilung 3 (Orientkolonien) berichtete Herr Stadtrat Ueber. Im letzten Sommer wurden in 12 Kolonien 377 schwächliche und kränkliche Kinder von hier aus verschickt, darunter befinden sich auch einige taubstumme Knaben. Aufgegeben wurden durch Sammlungen 6000 Mark; 2000 Mark hat die Stadt in Aussicht gestellt, mit denen ein Festbetrag gedeckt werden soll. Bei harten Kolonien wurden mit Erfolg Unterfächer (Sonnemäntel, Damen) angefertigt. Die Sitzungen Professor Kochhütter und Bankier Bonjean sind sehr fruchtbar worden, sie haben ein Vermögen von zusammen 16.500 Mark. Vereine haben es an Unterfächern in der nächsten Saison zu zeigen.

Abteilung 4 (Volkshochschule). Der Berichterstatter, Herr Zeugnisbeamter Köbis, teilte im Auftrage des früheren Vorhersher mit, daß der Lehrerbund des Vorjahres entsprach. Die Kassen erhalten sich selbst, es ist sogar noch ein Ueberfluß zu verzeichnen.

Abteilung 5 (Volkshochschule). Herr Magistrats-Obersekretär Schachtzäfel konnte über eine steigende Frequenz berichten. In den fünf Hallen wurden bis zum 20. d. M. voraus-gesagt 707 188 Becher Kaffee, 43 498 Becher Tee, 4 968 615 Gläser Milch, 22 964 Becher Fleischbrühe, 12 298 Stück Zuckerteig, 205 680 Brötchen, 42 957 Portionen Eiern und 4108 Stück Beringe. In Einnahmen waren zu verzeichnen 25 724,23 Mark.

Abteilung 6 (Volkshochschule). Herr Zeugnisbeamter Köbis berichtete. Es war die bisher höchste Frequenz zu verzeichnen, trotz des milden Winters. Beschäftigt wurden ein Jahr über 1250 Arbeiter. Es wird ein Ueberfluß von 1200 Mark zu verzeichnen sein.

Abteilung 7 (Jugend- und Volksspiele). Herr Turnerlehrer Freund konnte mitteilen, daß die Spielplätze auf dem Sandanger immer gut besetzt waren. Im Durchschnitt war die Frequenz 4850 pro Tag, 97 000 im Sommer, 104 000 im Jahr. Die Tennisplätze waren stets gut besetzt, neue sind hinzugekommen. Hier spielten 825 Personen wöchentlich. Es ist ein Bestand von 1000 Mark vorhanden.

Die Abteilung 11 (Krippen) hielt sich in demselben Rahmen wie im Vorjahr. Herr Lehrer Zwiegler teilte mit, daß in den zwei Krippen durchschnittlich 18 Kinder pro Tag gepflegt werden. Einer Einnahme von 5022 Mark steht eine Ausgabe von 5509 Mark gegenüber, also ist ein Festbetrag zu verzeichnen. Der Vorsitzende Herr Professor Baugert sprach den Vor-sitzern herzlichen Dank für die Mithaltung aus.

Der Beamten-Wohnungsverein.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, erlärte jetzt seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1910, dem wir folgendes entnehmen: Der Bestand hat sich durch die Fertigstellung von drei neuen Häusern in der Wielandstraße und den Bau je eines Hauses in der Witten- und Köpfigerstraße sowie durch Erwerbung eines Bauplatzes für vier Häuser bedeutend gehoben. Für diese Unternehmungen sind die Geldmittel fast aus Anholten erschöpft worden. Sämtliche Wohnungen des Vereins sind an Mitglieder vermietet gewesen, so daß Mietausfälle nicht zu verzeichnen sind.

Der Verein zählte 490 Mitglieder mit 496 Anteilen. Von den Mitgliedern sind 187 Ehenpartner, 119 Witwen, 56 Lehrlinge, 51 Magistrieren, 25 Gerichts-, 9 Oberbergamtbeamte, 8 Beamte der Landeshaupt-, 6 der Steuerverwaltung, je 4 der Universität und der Landwirtschaftskammer, 11 verschiedene Verwaltungen und 11 Pensionäre und Witwen.

Der Gesamtbetrag der Geschäftsguthaben hat sich um 15 914,10 Mark vermehrt. Die gesamte Hattsumme betrug am 1. Januar 1910: 137 700 Mark, am Schluß des Jahres 1910 und zu Beginn des Jahres 1911: 154 800 Mark; sie ist im Laufe des Jahres um 17 100 Mark gestiegen. Auffällig ist der Stillstand in der Erwerbung weiterer Geschäftsanteile durch die Mitglieder. Der Grund liegt in dem bisher gebliebenen Geschäftsgewinn (Dividende) von nur 3 1/2 Prozent zu liegen. Vielbelegter ist die erstmalig für 1910 in Aussicht genommene Gewinnverteilung von 20 Prozent mit größerer Beteiligung aus. Die Häufigkeit der in Wielandstraße im Jahr 1. April 1910 fertiggestellt und bezogen worden. Das im Jahre 1907 erworbene Grundstück in der Gehausstraße ist erst in diesem Jahre baureif geworden. Der Gebauung begann im August 1910 zunächst mit zwei Häusern, die bereits zum 1. April 1911 bezogen werden. Die Bewohnungen um die darin enthaltenen 14 Wohnungen waren sehr zahlreich; sämtliche Wohnungen sind sofort vermietet worden. Die übrigen vier Häuser sind bereits im Bau begriffen und werden zum 1. Oktober 1911 bezugsfähig. Die Häuser werden wieder eine schöne Gruppe, ähnlich der in der Wielandstraße, bilden; sie erhalten durch die Ausführung in Terranova-Form ein vorteilhaft wirkendes Gewand. Der Verein beschloß am Schluß des Jahres 1910: 16 Häuser mit 107 Wohnungen.

Nach der Bebauung dieses Geländes steht dem Verein im Süden der Stadt a. S. Baugelände nicht mehr zur Verfügung. Die im Sommer 1910 mit der Hallischen Terrain-Verwertung, G. m. b. H., gepflogenen Verhandlungen wegen Erwerbs von Grundflächen für eine Häusergruppe am Westersberg haben sich wegen des tiefen, z. B. ungenügenden und hoher stehenden Untergrundes und der Unmöglichkeit der eingetragenen Futtermauern geschlossen. Es wird voraussichtlich gelingen, in absehbarer Zeit auch im Süden wieder günstiges Baugelände zu erwerben. Durch das Entgegenkommen des Baumeisters Friedrich Kühnt war es möglich, in guter Lage der Nordost-Ende ein Grundstück von 37,25 Ar für vier Häuser zu erwerben. Dieser Bauplatz liegt an der Kronprinzen- und Ede-Hohenloherstraße. Die Bebauung des Geländes ist im geplanten, daß der Rohbau der Häuser bereits im Sommer 1911 begonnen, der Eintritt der nächsten Jahreszeit fertig gestellt und die Häuser zum 1. April 1912 bezugsfähig werden. Die der Plan ist aber nur ausführbar, wenn die erforderlichen Baugelder durch recht ausgiebigen Erwerb von 4 1/2prozentigen Schuldverschreibungen aus den Mitgliederanteilen aufzubringen.

Das Geschäftsjahr hat mit einem Reingewinn von 11 048,82 Mark (gegen 7494,86 Mark im Vorjahre) abgeschlossen. Der Verein arbeitet ohne jede staatliche Unterstützung und beschafft Baugelder und Hypotheken wie private Hausbesitzer.

Rkirchliche Nachrichten.

Synagogen-Gemeinde. Freitagabend 6 1/2 Uhr, Sonnabend vorm. 9 Uhr Gottesdienst und Predigt.

Unterhaltungsblatt.

Gräfin Bahrgers Entlein. Roman von Fr. Lehme. (Fortf.) — Eine Mutter. Novelle von Gust. Jung. (Fortf.) — Literatur.

Provincial-Nachrichten.

Die Dynamitpatrone in der Schule.

(Crabro, 23. März. Am Mittwoch früh hat sich im hiesigen Schulgebäude ein schwerer Unglücksfall ereignet. In der dem Schulgebäude wohnende Lehrer hörte gegen 8 1/2 Uhr eine heftige Detonation, welche anheimelnd aus dem Schulzimmer kam. Nichts Gutes ahnend, eilte er dorthin und fand den etwa 10jährigen Schüler Schulze in schwerverletztem Zustande vor. Der Knabe hatte eine Sprengladung gefunden, die er mit zur Schule nahm und mittelst eines Schieferschlüssels untersuchen wollte. Hierbei erfolgte die Explosion, wodurch S. an beiden Händen schwer verletzt wurde, besonders war es die rechte Hand, die völlig zerfetzt war, so daß die Fleischteile an den Wänden und an der Decke des Zimmers klebten. Der bedauernswerte Knabe wurde sofort dem Paul Gerbardsstift, Wittenberg, zugeführt, wo ihm die rechte Hand amputiert werden mußte. Zwei Kinder trugen Wunden am Ohr und an der Hand davon.

Hähnfeld, 22. März. (Gutsverkauf.) Das Louis Polzische Gut (über 600 Morgen groß) ist nach dem Tode des Besitzers durch Kauf in andere Hände übergegangen. Den Totehof und 150 Morgen Acker hat der Gutsbesitzer Robert Butteneb und 200 Morgen Acker (den Güntzeberg) der Gutsbesitzer Otto Kopsch für erworben. Der übrige Acker ist an verschiedene andere Besitzer zum Verkauf gekommen.

Weihenfels, 23. März. (Glücklicher Erbe.) Vor einigen Tagen erbt der Sohn unbemittelter Eltern aus hiesiger Stadt 120 000 Mark von einem Onkel aus Chicago. Möge dem glücklichen Erben das Geld zum Guten gereichen.

Cernsteln, 23. März. (Veltätigung.) Die am 26. Jan. erfolgte Wahl des Kaufmanns Oskar Fußmann zum Bürgermeistern von Cernsteln ist bestätigt worden.

Witterbericht, 21. März. (Der Vorstand der „Terra“, Mittelländische Bauernvereine.) teilt zu dem durch die Presse gegebenen Nachrichten über die in ihrem Betriebe vorgekommenen Diebstähle mit, daß die Angaben darüber weit übertrieben sind und die Tatsachen zum großen Teil jährelang zurückliegen; sie sagt erst ein Arbeiter überführt und gefänglich, vor und nach Samen im Werte von einigen hundert Mark erwischt zu haben. Die Mitteilungen von Verkäufen neuer wertvoller Samenarten an Konfirmanden sind jedenfalls ganz unrichtig, es ist in dieser Hinsicht gar nichts festzustellen. Es handelt sich in der Hauptsache um Diebstähle von solchen Sachen, die nur und nach in der Folge fortgetragen werden können, wogegen es noch keine Sicherheit gibt. Ebenfalls liegt zur Beurteilung der Aktionäre keinerlei Veranlassung vor.

Heiligenstadt, 21. März. (Achtuhr-Adenschlus.) Der Regierungspräsident zu Erfurt ernennt auf Antrag von zwei Dritteln der beteiligten Geschäftsleiter und nach Anhörung der Gemeindebehörde von Heiligenstadt, an daß vom 1. April 1911 ab an den Wochentagen mit Ausnahme der Sonnabende und derjenigen Tage, an denen eine verlängerte Verkaufzeit zugelassen ist, die offenen Verkaufsstellen der Kolonial- und Materialwarenhandlungen von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens für den gewöhnlichen Verkehr geschlossen sein müssen.

Hütten, 21. März. (Eine gewaltige Mäuseplage) herrscht gegenwärtig in verschiedenen Häusern des Amtes Hütten (Kreis Ebernberg), wozu sich die kleinen Nager in schier unendlichen Massen aus den benachbarten umfangreichen Waldungen gezogen haben, vertrieben durch die außerordentlich starken Nebelbrüche der letzten Zeit. Ganz besonders wird von den unwillkommenen Gästen das Forsthaus Hütten heimgeleitet, wo deren Zahl nicht abzuschätzen ist, obgleich Hunderte der Schädlinge durch Gift getötet oder durch Raben und Falken gefangen wurden. Bei einer ähnlichen Mäuseplage im Jahre 1899 wurden in demselben Hause in kurzer Zeit zwischen 1500 und 2000 Stück gefangen oder vergiftet.

Jena, 21. März. (Zur Wertzuwachssteuer.) Nach § 60 Absatz 2 des Reichswertzuwachssteuergesetzes ist den Gemeinden, welche am 1. April 1909 schon Ortssteuereiner Erhebung einer Wertzuwachssteuer hatten, gestattet, diese Ortssteuereiner Wertzuwachssteuer bis 1. April 1915 weiter gelten zu lassen. Wenn solche Gemeinden jedoch davon keinen Gebrauch machen, so wird ihnen nach Absatz 1 jenes Paragraphen der jährliche Durchschnittsertrag der Wertzuwachssteuer, die sie bisher eingenommen haben, vom Reiche für die Wertzuwachssteuer garantiert. In nicht öffentlicher Sitzung hat gestern der Gemeinderat sich schließlich dafür entschieden, von der letzterwähnten Bestimmung in Absatz 1 des § 60 Gebrauch zu machen, so daß die Stadt den Durchschnittsertrag der Steuer, die sich auf etwa 67 000 Mark beläuft, bis zum 1. April 1915 vom Reiche garantiert erhält.

Audolfsstadt, 22. März. (Eine Kassensteuer.) Die Stadt Audolfsstadt will, ebenso wie Weimar, zur Förderung des Vögelschutzes eine Kassensteuer einführen.

Gerichtsverhandlungen.

Erpresser vor Gericht.

Aus Berlin wird gemeldet: Vor der 4. Strafammer des Landgerichts I gelangte eine Erpressertat zur Verhandlung, die in der technischen Ausführung der Erpressung eine ganz neue Nuance bietet. Die Angeklagten haben nicht, wie gewöhnlich, mit Drohungen gearbeitet, sondern sie sollen auf dem Umwege von Privatklagen, die sie gegen ihre Opfer anstrengten und denen diese aus gewissen Gründen gegen Zahlung von Abmahnungsgeldern aus dem Wege gingen, ihre erpresserischen Absichten ausgeführt haben. Die Beschuldigten waren die unerschrockene Anna Kasper und der frühere Polizeiwachmeister, jetzige Detektiv Paul Ströhma. Ihnen wurde verurteilt Erpressung gegenüber dem Generalanwaltschaftsamt des Reichspräsidenten in Verbindung mit der Angeklagte Kasper wegen gemeinsamer Verurteilung verurteilt, teils vollendeter Erpressung und wegen Unterdrückung zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren und drei Tagen Gefängnis. Gegen den Angeklagten Ströhma erkannte das Gericht auf ein Jahr Gefängnis. Weiben Angeklagten wurden vier Monate der erklärten Unterdrückungshaft auf die Gefängnisstrafe als veräußert angerechnet.

Brennendergitter.

Das Schwurgericht Augsburg hat den Bauern Rotzanger in Wittmann bei seinem in letztes Frühjahr

mit ihm lebenden Nachbarn den Brunnen mit einem Tierkadaver vergiftet hatte, zu vier Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust und den Sohn des Bauern wegen Beihilfe zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Die ganze neuntölpliche Familie des Nachbarn war an dem vergifteten Wasser schwer erkrankt. Der medizinische Sachverständige erklärte, die Brennenergitterung sei derartig gewesen, daß sie sehr wohl den Tod eines Menschen hätte herbeiführen können.

Verurteilter Kriminalkommissar.

Aus Bromberg wird gemeldet: Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte die Strafkammer den Kriminalkommissar Schreiber wegen Amtsverbrechens zu sechs Wochen Gefängnis. Er hat in seiner Eigenschaft als Polizeibeamter unterlassen, eine Straflage gegen zwei Frauen zu verfolgen, um dieselben der Bestrafung zu entziehen. Seine Mitangeklagten, ein Polizeinspektor und ein Polizeikommissar wurden freigesprochen.

Vergnügungsjährige Fürjörgesänglinge.

Der feinerzeit gemeldete Aufrührer im Kloster zum guten Hirten in München, einer Jugendzuchtungsanstalt, hat jetzt den Münchener Jugendgerichtshof beschäftigt. Nach der Angeklagten erliefen wegen Sachbeschädigung Gefängnisstrafen von einem Tage bis zu einer Woche. Alle Angeklagten erklärten, sie hätten den Aufrührer nur angezettelt, um möglichst sofort aus der Anstalt entlassen zu werden, und dann den Karneval mitmachen zu können.

Kunst und Wissenschaft.

Die Einweihung des Hebbelmanns in Westfalen hat am Sonnabend stattgefunden. Der Hebbelmann, Prof. Dr. Kr. u. m. aus Kiel, hielt die Rede. Die Reden, sowie zahlreiche Körperübungen und wissenschaftliche Vorträge, die zusammengefasst in einem Buche erschienen, hatten Vertreter erkrankt. Die Sammlungen des kleinen Museums enthalten unter den 687 Nummern etwa 300 Blatt von Hebbelmanns Hand.

Zur Hundertjahrfeier der Breslauer Universität, die vom 1. bis 3. August d. J. stattfinden soll, haben die Universitäten von Paris, Upsala, Glasgow und Edinburgh sowie die Niederländische Akademie der Wissenschaften die Entsendung von Vertretern zugesagt.

Der 23. Deutsche Kongress für innere Medizin wird vom 19. bis 22. April zu Wiesbaden unter dem Vorsitz des Geh. Staats Prof. Dr. Kochl-Helldorf abgehalten. Die Sitzungen finden im Neuen Kurhaus statt.

Theater und Musik.

Des 18. anhaltische Musikfest.

wird, wie jetzt endgültig festgesetzt ist, Sonnabend und Sonntag, den 13. und 14. Mai d. J., im Kurhausgale in Weimburg stattfinden.

Zur Aufführung gelangen am ersten Tage zum Gedächtnis an Franz Liszt, in dessen 100. Geburtsjahr wir leben, dessen (symphonische) „Schiffplage“, sowie (mit 13. Platz, ein solches Werk für großes Orchester, Chor und Tenorsolo; ferner Richard Strauß' Symphonie Domestica. Am zweiten Tage werden aufgeführt Beethovens Neunte Symphonie, Richard Strauß' „Wanderers Sturmlieb“ (sichstimmiger Chor und großes Orchester), Solosege und zum würdigen Schluss die Schlusszene aus den „Meisterjüngern“.

Mit den ausführenden Solisten schweben zurzeit noch Verhandlungen. Der Chor setzt sich zusammen aus dem Kapellchor Köthen, der Singakademie-Deffau, dem Jähningischen Gesangsvereine Zerbst und dem Gesangsvereine Weimburg. Das Orchester stellt die Deffauer Hofkapelle. Die Leitung hat wieder Hofkapellmeister Mitorey übernommen.

Bühnendronik.

Die Aufführung von Mascagni neuer Oper „Iris“ findet, nachdem die mit dem Ausstellungskomitee in Rom gepflegten Unterhandlungen endgültig gelichtet sind, Ende Mai am Colosseumtheater zu Buenos Aires statt.

(.) „Monsieur Bonaparte“, Komische Oper in drei Aufzügen von Bogumil Jepler, Text von Hans Hofheld, Werke von Hans Brenner, gelangt voraussichtlich Anfang April am Stadttheater zu Leipzig zur Aufführung.

Ein rheinischer Theaterverband. Aus Düsseldorf wird gemeldet: Hier fand eine Versammlung von Vertretern der meisten Stadttheater in Rheinland-Westfalen statt, die zur Gründung eines Verbandes rheinisch-westfälischer Theaterleiter führte. Der Verband bezweckt den Anschluss an die Bestrebungen des Deutschen Bühnenerenens, dem die Theater angehörend müssen. Die Gründung einer Verbandsschule ist in Aussicht genommen. Erster Vorsitzender wurde Geheimrat Max Martierkeig-Köln, zweiter Vorsitzender Direktor Ludwig Zimmermann-Düsseldorf, Schriftführer und Kassierer Direktor Karl Ludwig Schröder-Koblenz.

Vermischtes.

Streikunruhen in Süd-Wales.

□ Aus London wird gemeldet: Im Kohlenrevier von Süd-Wales kam es Mittwoch wieder zu wilden Ausschreitungen großer Mengen streikender Bergleute marschierten nach dem Clydach Vale mit der Absicht, die in den Cambrian-Gruben arbeitenden Gewerkschaftler zum Anschluss an den Streik zu bewegen. Die Polizei war bereits mit Verstärkungen zur Stelle, als die Ausführenden die Grube erreichten. Diese erklärten, die umliegenden Hügel und begannen ein Steinbombardement auf die im Tal liegende Grube. Ein größeres Unheil angedeutet werden konnte, griff die Polizei ein. Die Bergleute griffen die Polizei namentlich von verschiedenen Seiten an, die schließlich vor den Steinwürfen der Arbeiter zurückweichen mußte. Als infolgedessen weitere Verstärkungen eintrafen, griff die Polizei die Ausführenden von zwei Seiten an, und vertrieb die Bergleute schließlich von den Gruben und den umliegenden Anhöhen. Im ganzen sind fünf Kopfleute verwundet worden.

Die Schwiegermutter ermordet.

Der „L.A.“ meldet: In der kleinen französischen Gemeinde Poissieux unweit von Bourges schlug der Bauer Desroque, der bereits

63 Jahre alt ist, seiner bei ihm wohnenden 59jährigen Schwiegermutter, der Witwe Jacquet, mit einem Knüttel den Schädel ein, nachdem er sie zuvor mit einer Handvoll Stroh, gemischt hatte. Dann warf er den Leichnam ins Feuer und ging ruhig zur Arbeit. Als er abends heimkehrte, hatten die Dörfler Wind von der Untat erhalten und den halberbrannten Leichnam der Witwe aus dem Feuer gezogen. Sie stellten Deroge heftig zur Rede, doch dieser legnete hartnäckig und meinte, die Alte sei wohl das Opfer eines Unfalles geworden. Als dann aber die Gedanken auf dem Plane erschienen, bequeme sich der Bauer zu einem Geständnis und gab schließlich auch zu, daß er die alte Frau aus dem Wege geräumt habe, weil sie für ihn nur eine Leinwand sei, andererseits aber keinen Wert mehr habe, nachdem er ihr ihre Ersparnisse geraubt hatte. Deroge wurde durch Bourges ins Ortsgefängnis befördert und unter Anklage gestellt.

Falschspieler.

Der Bürgermeister einer der großen Ortshäfen in der Nähe der Stadt Ulmer ist in einem Raub als Falschspieler entlarvt worden. In den letzten zwei Monaten hatte er über 80 000 Franc im Falschspiel gewonnen. Seine Mitspieler hatten bereits seit einiger Zeit Verdacht geschöpft und ihn aufgespürt und konnten ihn nun des Falschspiels überführen.

Verhafteter Bombardurräuber. Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, den 24 Jahre alten, früheren Polizeiführer Paul Eichert, der wegen wiederholten Bombardurraubes gefasst wurde, festzunehmen. Eichert betrieb als Spezialität den Raub von Sandstaschen auf Kirchhöfen. Jedoch ist auch eine große Anzahl der im Tiergarten verübten Bombardurräuber auf sein Konto zu setzen.

Feuersbrunst. Aus Konitz wird gemeldet: In dem in der Nähe gelegenen Dorfe Bruch trah in der Scheune des Stellmachers Klatt vermutlich durch Brandstiftung Feuer aus, durch welches 10 Wohnhäuser mit fast sämtlichen Nebengebäuden vernichtet wurden. 24 Familien sind obdachlos. Da es zumzeit arme Leute sind, herrscht großes Elend.

Letzte Nachrichten.

Häuberhauptmann Strattmann verhaftet.

H.T.B. Mühlheim a. d. A., 23. März. (Privattelegramm.) Der jagen. Häuberhauptmann Strattmann, ein berühmter Juchhäuser, der seit Jahren das Industriegebiet unsicher machte, und der erst vor kurzem wieder aus einer Irenanhaft entsprungen war, wurde von drei Minnenbeamten auf Mühlheimer Gebiet verhaftet. Die Eisenere Staatsanwaltschaft hat bekanntlich auf die Ergreifung Strattmanns, der noch 13 Jahre Zuchthaus abzuüben hat und der verächtlich ist, an dem Wehrfall auf den Geldtransport des Müllersdaches beteiligt gewesen zu sein, 1500 Mark als Prämie ausgesetzt.

Milchwirtschaft in der Fürjörgenanstalt.

Machen, 23. März. Nach zweitägiger Verhandlung wurde heute das Urteil im Prozeß der Fürjörgenanstalt Maueel bei GmbHn verkündet. Die Hauptangeklagten, darunter die Ehefrau des früheren Direktors Maries, erhielten Gefängnisstrafen von 3 bis 3 Monaten. Vier andere Angeklagte wurden mit Geldstrafen von 20 bis 550 Mark bedacht. — (Es handelt sich wieder um Verhandlungen von Fürjörgesänglingen. U. a. wurden wiederholte Male 150 Stodstöße ausgeteilt. Die Red.)

Den Geschäftsführer überfallen.

h. Berlin, 23. März. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II wurde heute der Köthenische Kursmann wegen verurteilten schweren Raubes an dem Geschäftsführer Leopold des „Grand Cafes“ in Spinnberg zu sechs Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust und der Hausdiener Karlowitz wegen Beihilfe zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Vermischte Brautnachrichten.

Wien, 23. März. Der Rücktritt des bulgarischen Kabinetts Malinow hat, wie die Blätter melden, seine Ursache in der Frage der Einberufung der großen Sozbanje.

Zürich, 23. März. Während im Gotthardgebiet Schnee in Mengen fällt, herrscht nördlich vom Gotthard prächtiges Frühlingswetter. Im Tessin regnet es unaufhörlich.

Paris, 23. März. Die Winterbewegung in Ruhe-Departement dauert fort. Die Arbeit der Militärgeheimdienstkommission ist sehr erschwert, da die Stellungs-pflichtigen mit roten Fahnen und Plakaten eintreffen, die antimilitarische Inschriften tragen.

Moskau, 23. März. Der 18jährige Sohn des Refraktors Max Antonoff hat nach einem Zwist seinen Vater, während dieser schlief, ermordet. Der Mörder ergriß die Flucht.

Petersburg, 23. März. Heute früh wurden das kubanische Exekutivkomitee, das den Hochschulstreik leitete, sowie viele Mitglieder der soz.-revolutionären Studentenvereinerung verhaftet.

Beitrag: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Winckmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meiner; Kunstteil, Vermischtes ufm.: Martin Feuchtmann; für den Inlandteil: Albert Barth und Verlag von Otto Henkel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. —
ausgeschlossen Unterhaltungsblatt.

